

## Englische Hilfe für Oesterreich eventuell auch ohne Frankreich?

London. Englische Bankkreise haben, wie aus durchaus zuverlässiger Quelle verlautet, erneut den Wunsch geäußert, daß Oesterreich baldmöglichst einen Vertreter ernennen möchte, der bevollmächtigt ist, unverzüglich in internationale Finanzverhandlungen einzutreten. London lege im Interesse einer baldigen Überwindung der Krise großen Wert darauf, die Konfidentialverhandlungen zu einem Erfolg zu führen, und zwar, wenn irgend möglich, in großem internationalen Rahmen unter Zusammenarbeit der leitenden Zentralbanken Frankreichs, Deutschlands und Amerikas. Sollten jedoch politische Erwägungen ernstlich das Zustandekommen einer internationalen Abmachung hinauszögern oder bedrohen, so müßte London unter Umständen, wenn auch mit dem größten Widerwillen, die Möglichkeit in Erwägung ziehen, eine Vereinbarung, selbst unter dem Ausschluß von Paris, herbeizuführen.

## Noch keine Kabinettsumbildung

Berlin, 20. Juni

Das Reichskabinetts tritt am heutigen Sonnabend zu einer Sitzung zusammen, um sich u. a. mit laufenden Personalien zu beschäftigen. Es handelt sich dabei, wie von zuständiger Seite versichert wird, ausschließlich um die Besetzung freierwerdender Ministerialratsstellen und anderer hoher Beamtenstellen.

Der Ansicht, daß sich das Kabinetts in dieser Sitzung mit der Frage der Umbildung der Regierung befassen werde, wird ausdrücklich widersprochen. Dagegen wird nichts gesagt, daß eine Umbildung des Kabinetts überhaupt nicht geplant sei. In politischen Kreisen wird jedenfalls auf das bestimmteste versichert, daß diese Umbildung in spätestens 14 Tagen erfolgen solle.

## Die ersten Vorbereitungen

Beginn der Kabinettsbesprechungen mit den Botshaffern

Berlin, 20. Juni.

Wie wir erfahren, hat der Reparationspolitische Ausschuß des Reichskabinetts, der bekanntlich seinerzeit aus den Ressorts gebildet worden ist, die an den Fragen der Reparationen besonders beteiligt sind, am Freitag eine Sitzung abgehalten, an der auch die Botshaffern Dr. Hoersch und Dr. von Schubert teilgenommen haben.

Die Beratungen galt natürlich der Vorbereitung der Maßnahmen, mit denen das Reichskabinetts die Revision einleiten will. Sie werden in den nächsten Tagen fortgesetzt. Inzwischen werden auch die Botshaffern von Prillwitz und Neurath in Berlin erwartet, die sich bereits auf der Reise befinden. Diese Besprechungen, die bereits vor einer Reihe von Tagen angefangen worden waren, werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da der Revisionsbericht bei der großen Bedeutung und den Schwierigkeiten des ganzen Problems natürlich einer eingehenden und sorgfältigen Behandlung bedarf.

## Die Christlichen Gewerkschaften zur Notverordnung

Berlin, 20. Juni.

Aus Anlaß der durch die Notverordnung vom 5. Juni 1931 geschaffenen Lage tagte der Hauptvorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Düsseldorf. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde laut „Germania“ u. a. wie folgt festgelegt:

„Die Christlichen Gewerkschaften würdigen die außerordentlich schwierige Lage, in der sich infolge der wirtschaftlichen und finanziellen Zustände Volk und Vaterland befinden. Sie anerkennen, daß diese Lage entschlossenes Handeln seitens der Reichsregierung erfordert und Opfer von allen Volksschichten bedingt. Des ungeachtet muß gegen eine Reihe von Bestimmungen der Notverordnung entschieden Stellung genommen werden. Die Notverordnung bringt eine gewalttätige Kürzung der sozialen Leistungen, besonders in der Arbeitslosenhilfe, sie greift schwer in das Lebensrecht der Arbeitnehmer ein und enthält Bestimmungen, die die Arbeiterschaft ungleich und ungerecht im Verhältnis zu anderen Volksschichten behandeln, den Glauben an die Gerechtigkeit erschüttern und verbitternd wirken. Die Christlichen Gewerkschaften verlangen erneut, daß über die in Aussicht gestellten Erleichterungen hinaus eine beschleunigte Abänderung der Notverordnung erfolgt. Sie werden in einer Denkschrift der Reichsregierung ihre Bedenken und Abänderungsvorschläge unterbreiten.“

Den Bestrebungen sozialreaktionärer, scharfmacherischer Kreise, die ohne Rücksicht auf die Not der breiten Volksschichten eine weitere Verschlechterung der Sozialversicherung, des Tarifrechts und eine Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens und der Verbindlichkeitsklärung zum Zwecke neuer Lohnsenkungen verlangen, treten die Christlichen Gewerkschaften mit aller Schärfe entgegen.“

## von Seeck über das Wehrproblem

München, 19. Juni.

Der frühere Chef der Heeresleitung, Generaloberst a. D. von Seeck, sprach auf Einladung der Deutschen Studentenschaft in der Universität über das Thema „Das Ringen um die deutsche Sicherheit“. Nachdem der Redner das Verhältnis von Wirtschaft und Macht erörtert hatte, führte er u. a. aus, daß jeder Staat das Recht habe, Sicherheit aus

## Zür eilige Lese.

\* In Studzienick (Kongresspolen) schlug ein Vitz in eine Scheune, in der 40 zu einer Militärschule kommandierte Gymnasialisten Unterschlupf gesucht hatten. 5 Schüler und ein Oberleutnant wurden getötet, 12 schwer und die übrigen leicht verletzt.

\* Nach einer Verfügung des litauischen Innenministers ist die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ bis 1932 für Litauen verboten worden. Das Verbot wird mit dem Inhalt eines Artikels in Nr. 58 dieser Zeitung, „Mertys oder Baumius? Wer entscheidet im Memelgebiet?“ begründet.

\* Der österreichisch-ungarische Handelsvertrag wurde nach einer Meldung aus Wien am Freitag von den Unterhändlern unterzeichnet.

\* Der russische Außenkommissar Litwinow, der sich gegenwärtig in der Tschschowowatschewitsch befindet, beabsichtigt auf der Rückreise nach Moskau dem Reichsaußenminister Curtius einen Besuch in Berlin abzusuchen. Da dieser Besuch voraussichtlich gegen Mitte Juli zu erwarten ist, dürfte er mit der weiteren Gestaltung der russisch-deutschen Beziehungen zusammenhängen.

eigenem Können und eigener Macht aufzubauen. Bei der Abrüstungskonferenz im Februar kommenden Jahres sei für Deutschland nichts gefährlicher als eine Kompromißlösung. Solange der Versailler Vertrag nicht aufgehoben werde hätte Deutschland an der Abrüstungskonferenz kein Interesse.

Der Redner ging sogar so weit, zu erklären, daß Deutschland daran denken müsse aufzurüsten und forderte, daß eine solche Aufrüstung die allgemeine Wehrpflicht in irgendeiner Form wiederbringen müsse.

Wenn Deutschland die Reparationen nicht mehr bezahlen könne, so würde Frankreich — wie Seeck annehmen zu müssen glaubt — wieder ins Rheinland einmarschieren, denn Deutschland hätte nicht die Macht, dies zu verhindern. Andererseits sei Deutschland aber auch in seiner jetzigen Verfassung kein genügendes Bollwerk gegen den russischen Bolschewismus.

## „Sauftrecht“ im thüringischen Landtag

Kommunistischer Auflösungsantrag abgelehnt.

Weimar, 20. Juni.

Der Landtag von Thüringen lehnte gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschen Nationalen den kommunistischen Antrag auf Landtagsauflösung ab. Die Sozialdemokraten enthielten sich der Stimme. Die anderen Parteien stimmten gegen den Antrag.

Als der nationalsozialistische Abgeordnete Sautel zum kommunistischen Auflösungsantrag sprach, rief ihm der sozialdemokratische Abgeordnete Gröndler mehrere Bemerkungen zu, die Sautel als Beleidigungen auffaßte. Er verließ das Rednerpult und forderte Gröndler auf, mit ihm den Saal zu verlassen.

Während dieser Auseinandersetzung gruppierten sich Abgeordnete der verschiedensten Parteien um die Streitenden. Der nationalsozialistische Abgeordnete Papenbrock verfehlte Gröndler von hinten einen Faustschlag ins Gesicht, worauf mehrere Abgeordnete Stühle und Pultdeckel ergriffen. Es folgten mehrere Stühle durch den Saal. Der Präsident begab sich unter die Streitenden und forderte sie auf, den Saal zu verlassen.

Nach einer Viertelstunde war der Saal geräumt und der Aeltestenrat trat zu einer Sitzung zusammen, der gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Papenbrock die schwerste zulässige Strafe, nämlich 20 Tage Ausschluß, und gegen den Abgeordneten Sautel, ebenfalls Nationalsozialist, drei Tage Ausschluß verhängte.

## Sturm auch im Bayernparlament

München, 20. Juni.

Bei der Beratung des Sozialgesetzes im Bayerischen Landtag kam es bei den Darlegungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Bessel und Leonhardt, die über die Sozialversicherung sprachen, zu Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialisten. Die nationalsozialistischen Abgeordneten Grimm und Wahl erhielten je drei Ordnungsrufe und mußten den Sitzungssaal verlassen.

## Die 40-Stunden-Woche

Und der freiwillige Arbeitsdienst.

Berlin, 20. Juni.

Nach der Notverordnung kann die Reichsregierung bekanntlich mit Zustimmung des Reichstages für einzelne Gewerbegebiete oder Gruppen von Arbeitnehmern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden in der Woche durch Verordnung vornehmen.

Es haben deshalb Verhandlungen zwischen den Verbänden der Behördenangestellten und den Vertretern sämtlicher Reichsressorts, der Reichsbank, der Reichsbahn und der Reichspost und der Länder Preußen und Sachsen stattgefunden. Sie haben zunächst noch nicht zu einem Ergebnis geführt, da die Vertreter der Angestellten eine entsprechende Arbeitszeit- und Gehaltskürzung auch für die Beamten forderten und zugleich geltend machten, daß eine weitere Gehaltskürzung über die Belastung der Notverordnung hinaus nicht tragbar sei.

Zur Durchführung der Arbeitszeitverkürzung für die private Wirtschaft hat das Reichsarbeitsministerium die Spitzenverbände der Gewerkschaften zum 22. Juni zu Besprechungen gebeten. In diesen Besprechungen sollen die wichtigsten Voraussetzungen, insbesondere die Behandlung der einzelnen Gewerbegebiete, behandelt werden.

Ueber den freiwilligen Arbeitsdienst haben gestern Ressortbesprechungen im Arbeitsministerium begonnen, an welchen auch Minister Trebitzsch teilnahm.

## Material für das Ausland

Berlin, 20. Juni.

Von der Reichswehr werden bei Leipzig militärische Übungen durchgeführt, wie sie überall üblich sind und zur Ausbildung der Truppe notwendig sind. Ein Berliner Blatt glaubte daran die Behauptung knüpfen zu sollen, daß zu diesen Manövern die Schüler höherer Schulen eingeladen worden seien. Diese Behauptung wird von Reichswehrseite auf das entschiedenste bestritten.

## Nationalsozialistisches Sportfest und kommunistische Spartakiade verboten.

Berlin. Der Polizeipräsident von Berlin teilt mit: In letzter Zeit versuchen die radikalen Parteien, politische Aufmärsche und Demonstrationen unter dem Deckmantel sportlicher Veranstaltungen durchzuführen, wobei sie den politischen Charakter zu verschleiern suchen. So hatte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die Absicht, am kommenden Sonnabend im Deutschen Stadion eine große politische Kundgebung in Form eines „Sportfestes“ zu veranstalten. Diese Veranstaltung war ursprünglich als eine rein sportliche ausgegeben worden, ist aber nach den Ausführungen, die das Berliner Organ der NSDAP, „Der Angriff“, in seiner Ausgabe vom Freitag den 19. Juni bringt, offenbar eine politische Demonstration. Dieser Versuch, die klaren Bestimmungen der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zur Bekämpfung politischer Ausreitungen (!) zu umgehen, kann nicht geduldet werden.

Der Polizeipräsident hat sich daher veranlaßt gesehen, die im übrigen nicht politische angemeldete Kundgebung auf Grund des § 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 zu verbieten, weil den Umständen nach zu besorgen ist, daß die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet werden. Aus dem gleichen Grunde ist auch die für den 4. Juli bis 12. Juli von kommunistischer Seite geplante sogenannte Spartakiade verboten worden.“

## Ein Kabinetts Seipel

Wien, 20. Juni.

Der Bundespräsident hat den Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel mit der Bildung der Regierung betraut. Dr. Seipel hat die Betrautung angenommen und wird sofort die Verhandlungen mit allen Parteien aufnehmen. Die Bildung der neuen Regierung wird heute abend erfolgen.

Die Nachricht von der Betrautung Dr. Seipels mit der Kabinettsbildung anstelle Dr. Enders hat nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Deutschland und in der übrigen Welt stärkste Beachtung gefunden. Die Person Dr. Seipels in der österreichischen Politik ist zweifellos umstritten. Ein Kabinetts Seipel bedeutet nach allem, was vorausgegangen ist, eine Absage an die Sozialdemokraten. Es bedeutet aber auch einen scharfen Kurs gegen jene Bestrebungen. Oesterreich in ein bestimmtes außenpolitisches Fahrwasser zu lenken. Es ist bekannt, daß Dr. Seipel anfänglich sich mit dem Gedanken der deutsch-österreichischen Zollunion nicht befreunden konnte. Während seiner Bundeskanzlerschaft hieß es bekanntlich eine Zeitlang von ihm, daß er sich abschließend von jeder Erörterung des Anschlußproblems fernhielt. Gewisse Bestimmungen, die damals zwischen Wien und Berlin bestanden, wurden dann allerdings durch seinen Berliner Besuch wohl restlos beseitigt. Es läßt sich natürlich nicht voraussetzen, welche Linie Dr. Seipel in der Außenpolitik steuern würde, falls er selbst die Führung des Kabinetts übernehmen sollte. Nachdem aber England durch seine Kreditaktion jene Machenschaften der Pariser Politik zerstört hat, besteht kaum ein anderer Weg, als der, wie er sich durch die englische Kredithilfe gewissermaßen von selbst ergibt. Die Nachrichten, die jetzt von London aus über die Unterredung Macdonalds mit Mellon verbreitet werden, lassen jedenfalls ziemlich deutlich erkennen, daß der englische Premierminister dem amerikanischen Schatzsekretär über die Ursachen der europäischen Krise klaren Wein eingeschenkt hat. Die Verhältnisse in Oesterreich geben für diesen Bericht das beste Anschauungsmaterial, so daß es begreiflich ist, wenn Mellon selbst der Auffassung Ausdruck gegeben haben soll, der amerikanische Staatssekretär Stimson würde wahrscheinlich Gelegenheit nehmen, sich selbst von den Zuständen zu überzeugen.

Nach Lage der Verhältnisse gewinnt man aus der Betrautung Dr. Seipels durch den österreichischen Bundespräsidenten Millas den Eindruck, daß er an der Spitze des österreichischen Kabinetts einen Kanzler wünscht, der genügend internationale Autorität besitzt, um die bevorstehenden schwierigen Verhandlungen wirtschafts- und außenpolitischer Art mit Erfolg durchzuführen zu können. Er glaubt offenbar in Dr. Seipel die geeignete Persönlichkeit zu besitzen. Man rechnet auch damit, daß Dr. Seipel ähnliche Vollmachten verlangen wird, wie sie Dr. Enders zur Erfüllung seiner schwereren Aufgaben erstritt, mit denen er sich aber nicht durchzusetzen vermochte. Dr. Seipel wird vor allem darauf Wert legen, das Parlament auszuschalten, wenn es sich darum handelt, schwebende Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis zu führen. Ob er allerdings darin den Spuren Schobers folgen wird, erscheint nach dem, was zurückliegt, zweifelhaft.

## Vor einem litauischen Putz gegen das Memelland?

Königsberg. Ueber neue Putzabsichten der litauischen Miliz im Memelland bringen die „Litauische Zeitung“ und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ in ihren Freitagsausgaben aufsehenerregende Enthüllungen. Danach scheint es, als ob die Schantl Sajunga (litauische Jungmänner) die Absicht haben, die Autonomie des Memelgebietes kurzerhand zu beseitigen, das Direktorium abzusuchen und den kommissarischen Landrat von Memel, Simonaitis, der von dem ersten Putz her satissam als deutsch-litauischer Renegat bekannt ist, zum Direktor des Memelgebietes zu machen.

## Politische Unruhen

Ueberfall auf Nationalsozialisten.

Deffau, 20. Juni. In der Langen Straße kam es zu Unruhen. Eine große Zahl Kommunisten überfielen, wie der Polizeibericht meldet, einen Umzug der Nationalsozialisten. Der Polizei gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Die Angriffe der Kommunisten wiederholten sich in der Halle-Strasse. Hier mußte die Polizei mit dem Gummiknüppel vorgehen. Es gab zahlreiche Verletzte. Auch zwei Polizeibeamte wurden verletzt.

## Arbeitslosenunruhen

Warschau, 20. Juni. In Ostoberschlesien setzten sich die Arbeitslosenunruhen an vielen Orten fort. In Boguskiß, Schoppinß und Knurow kam es zu neuen blutigen Zusammenstößen mit der polnischen Polizei, wobei eine Person getötet und mehrere schwer verletzt wurden. Der Wojwode von Katowitz hat, um die Stimmung zu beruhigen, die erst vor einigen Wochen verordnete Kürzung der Krisenunterstützung wieder zurückgenommen.

## Polizei feuert auf Arbeitslose

Sydney (Neusüdwales), 20. Juni. Infolge der Propaganda unter den Arbeitslosen, sich, falls sie ihre Mieten nicht zahlen könnten, gegen jede zwangsweise Entfernung aus den Wohnungen zur Wehr zu setzen, ist es in Sydney zu schweren Zusammenstößen gekommen. Als die Polizei versuchte, eine solche Zwangsentfernung vorzunehmen und zu diesem Zweck sich in ein Haus in der Vorstadt Einlaß verschaffen wollte, wurde sie von den Mietern, die sich verbarricadiert hatten, durch Werfen von Ziegelsteinen und mit eisernen Stöcken an ihrem Vorhaben gehindert. Die Polizei, die anfänglich ebenfalls nur Stöcke als Waffe benutzte, wurde schließlich gezwungen, Feuer zu geben und unter Anwendung von Nerten in das Haus einzudringen. Zwei Polizisten und vier Mieter wurden bei dem Handgemenge schwer verletzt. Die Arbeiterpartei beabsichtigt, im Parlament schnellstens einen Gesetzentwurf zur Annahme zu bringen, der die Mieter, mit gewissen Ausnahmen, vor einer Zwangsausquartierung schützen soll.

## Italienischer Landflughafen auf Rhodos?

Bei einem Fluge, den der italienische Luftfahrtminister Balbo mit drei Wasserflugzeugen von Taranto nach Rhodos unternahm, untersuchte er die Möglichkeit der Errichtung eines Landflughafens auf Rhodos, der für die italienische Luftflotte von Bedeutung wäre. Daneben sind auch die ausländischen Gesellschaften, die den Luftpostverkehr nach Indien ausführen, an einem geeigneten Landungsplatz sehr interessiert.